

MARTIN THIELE

Motor der Integration

Jus Internationale et Europaeum

149

Mohr Siebeck

Jus Internationale et Europaeum

herausgegeben von

Thilo Marauhn und Christian Walter

149



Martin Thiele

Motor der Integration

Europarechtsgeschichtliche Grundlegung
der Europäischen Kommission

Mohr Siebeck

Martin Thiele, geboren 1985; Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Göttingen und an der KU Leuven (Belgien); 2012 Erste Juristische Staatsprüfung und Magister Legum Europae (MLE.); wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Europarecht der Universität Göttingen; 2018 Promotion; Rechtsreferendariat am Landgericht Bonn; 2019 Zweite Juristische Staatsprüfung.
orcid.org/0000-0002-1686-0529

ISBN 978-3-16-157566-2 / eISBN 978-3-16-157567-9
DOI 10.1628/978-3-16-157567-9

ISSN 1861-1893 / eISSN 2568-8464 (Jus Internationale et Europaeum)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2019 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von epline in Böblingen aus der Times gesetzt. Es wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

Meinen Eltern und meiner Schwester

Vorwort

Diese Untersuchung ist von der Juristischen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen im Sommersemester 2018 als Dissertation angenommen worden. Sie entstand größtenteils während meiner Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am dortigen Institut für Völker- und Europarecht.

Sehr herzlich danke ich meinem Doktorvater und akademischen Lehrer, Herrn Prof. Dr. Frank Schorkopf, mich zu dem für eine europarechtswissenschaftliche Dissertation ungewöhnlichen Stil einer lebhaften Erzählung ermuntert zu haben. Er hat auch meine mehrmonatigen Forschungsaufenthalte in den Historischen Archiven der Europäischen Union am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz angeregt und mir hierfür und für die anschließende Quellenanalyse die erforderlichen Freiheiten an seinem Lehrstuhl gewährt.

Herrn Prof. Dr. Hans Michael Heinig danke ich für die Erstellung des Zweitgutachtens. Dank gebührt ferner Herrn Prof. Dr. Thilo Maruhn und Herrn Prof. Dr. Christian Walter für die freundliche Aufnahme der Arbeit in ihre Schriftenreihe.

Schließlich gilt mein größter Dank meinen Eltern und meiner Schwester für ihre stets vorbehaltlose Unterstützung und Ermutigung, ohne die dieses Buch nicht entstanden wäre. Ihnen ist es gewidmet.

Bonn, im April 2019

Martin Thiele

„[...] 6 nations [...] pooled the basic resources of their modern states, coal and steel, under one federal government, the European Coal and Steel Community, as a first step towards a United States of Europe. Europe had, institutionally, begun to plan for its future.“

Speech by Mr. Jean Monnet at the Annual Meeting of the National Planning Association, 13th December 1954, Historisches Archiv der Europäischen Union, Fond CEAB02, Dossier 779, S. 204.

„Irgendwo muss es einen Motor geben, der stark genug ist, das Trägheitsmoment zu überwinden und diese Maschine in Bewegung zu setzen“

Wigny, Pierre: Rechenschaft über die Gemeinschaft der Sechs, 1957, S. 128.

„En effet tous les Gouvernements nationaux ont ouvert tantôt avec éclat, tantôt avec discrétion mais toujours avec une commune et indomptable tenacité pour que les Commissaires ne soient pas l’embryon d’un gouvernement européen et que les Etats restent collectivement et individuellement les maîtres du jeu.“

Reuter, Paul: Préface, in: Braun, Condorelli, Commissaires et juges dans les communautés européennes, 1972, S. XI.

„En fin de compte, la Commission se trouve avoir – et je pèse mes mots – une fonction d’initiative et un rôle d’arbitrage. Ne sont-ce pas là les fonctions principales d’un gouvernement?“

Dehousse, Fernand: Les aspects politiques et institutionnels de la Communauté Economique Européenne, in: Les aspects juridiques du marché commun (compte rendu du séminaire organisé à Chaudfontaine les 22, 23 et 24 mai 1958, Commission Droit et vie des affaires, Faculté de droit de Liège, 1958, S. 35 (39).

„The powers of the High Authority and the Commission differed, but much of the philosophy underpinning the role of today’s Commission stems directly from Monnet’s conception of the High Authority.“

Featherstone, Kevin: Jean Monnet and the „Democratic Deficit“ in the European Union, *Journal of Common Market Studies* 32 (1994), S. 149 (159).

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XV
Einleitung	1
Erstes Kapitel: Die Mechanisierung der integrativen Triebkraft der Europäischen Einigung	21
§ 1 <i>Die Hohe Behörde im Schuman-Plan: Ein revolutionäres Konzept mit Vorbildern</i>	23
§ 2 <i>Die Einbindung der Hohen Behörde in eine institutionelle Gestaltungsstruktur</i>	101
§ 3 <i>Das supranationale Exekutivorgan als Regierung einer parlamentarisierten Gemeinschaft</i>	199
Zweites Kapitel: Der Motor im Praxistest	291
§ 4 <i>Die Hohe Behörde als integrationspolitischer Unternehmer</i>	293
§ 5 <i>Die Hohe Behörde als außenpolitischer Akteur</i>	345
§ 6 <i>Die Hohe Behörde in der Kohlekrise</i>	369
Drittes Kapitel: Die Kommission – Motor in intergouvernementalisierter Gestaltungsstruktur	381
§ 7 <i>Der Einsatz der Hohen Behörde für die „relance“ des Integrationsprojekts</i>	383
§ 8 <i>Die Konzipierung der Kommission in den Verhandlungen um die Römischen Verträge</i>	401
§ 9 <i>Die Kommission in der ersten Dekade der EWG</i>	453
§ 10 <i>Die Konsolidierung der intergouvernementalisierten Gestaltungsstruktur durch den Fusionsvertrag</i>	491

Schluss	507
Quellenverzeichnis	517
Literaturverzeichnis	539
Personenregister	563
Sachregister	567

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XV
Einleitung	1
Erstes Kapitel: Die Mechanisierung der integrativen Triebkraft der Europäischen Einigung	21
§ 1 <i>Die Hohe Behörde im Schuman-Plan: Ein revolutionäres Konzept mit Vorbildern</i>	23
I. Die Kernmerkmale des Prototyps supranationaler Exekutivorgane	24
II. Die offene Frage der Machtkontrolle	29
1. Die Notwendigkeit der Kontrolle supranationaler Macht	30
2. Die Möglichkeit der Kontrolle supranationaler Macht	32
a) Die Entscheidungsprärogative der Hohen Behörde	37
b) Die parlamentarische Verantwortlichkeit der Hohen Behörde	43
3. Die supranationale Gestaltungsstruktur	44
III. Supranational statt International: Die Hohe Behörde als neues Herrschaftsmodell	46
1. Die Abkehr vom Intergouvernementalismus	50
2. Die Lehren aus der interalliierten Kriegswirtschaftsorganisation	59
IV. Die Anknüpfung an Entwicklungen im modernen Verfassungsstaat	69
1. Die Tennessee Valley Authority	70
2. Die Technokratiebewegung	77
3. Technokratie als Krisenreaktion	78
4. Kartellzerschlagung und Verfassungskonflikt	80
5. Reuters Bezug zur TVA	81
6. Monnets Bezug zur TVA	86
7. Das französische Planungsamt	89
8. Die Hohe Behörde als „europäische TVA“	92
9. Die Fortentwicklung der gubernativen Hegemonie im Verfassungsstaat	96
V. Zwischenergebnis	98

§ 2	<i>Die Einbindung der Hohen Behörde in eine institutionelle Gestaltungsstruktur</i>	101
I.	Die Vertragsverhandlungen	102
1.	Die Aufnahme des Ministerrats in die Gestaltungsstruktur	105
2.	Die föderale Konzeption der Gestaltungsstruktur	116
3.	Das institutionelle Verhältnis zwischen Rat und Hoher Behörde	125
4.	Die Hoheitsmacht der Hohen Behörde	129
5.	Die Verhandlungen in der Erinnerung der Beteiligten	130
6.	Der Interimsausschuss	139
7.	Die Sitzfrage	141
II.	Der Vertrag in der Analyse der Rechtswissenschaft	143
1.	Der Rat und die Supranationalität der EGKS	144
2.	Die Rechtsnatur der Gemeinschaft	155
3.	Das Verhältnis von Gemeinschaftsrecht und nationalem Recht	165
4.	Das Institutionelle Verhältnis zwischen Hoher Behörde und Ministerrat	171
a)	Der Maßstab der institutionellen Analyse	172
b)	Der Ort der Rechtsetzung in der EGKS	175
c)	Das moderne Verständnis der Gewaltenteilung	178
d)	Die Hohe Behörde als Entscheidungsorgan einer europäischen Exekutive	181
e)	Die Rangordnung zwischen Hoher Behörde und Rat	184
f)	Der Motor der Gemeinschaft	193
III.	Zwischenergebnis	196
§ 3	<i>Das supranationale Exekutivorgan als Regierung einer parlamentarisierten Gemeinschaft</i>	199
I.	Das supranationale Exekutivorgan der Verteidigungsgemeinschaft	199
1.	Der Pleven-Plan	200
2.	Die institutionelle Gestaltung der Verteidigungsgemeinschaft	207
a)	Das Kommissariat	209
b)	Die Stellung des Kommissariats gegenüber dem Ministerrat	211
c)	Das Bedürfnis nach einem politisch-parlamentarischen Überbau	221
II.	Das supranationale Exekutivorgan der Politischen Gemeinschaft	226
1.	Die Empfehlungen der Juristengruppe	227
2.	Die Ausarbeitung des Vertragsentwurfes	233
a)	Die Erwartungen an die Ad-hoc-Versammlung	234
b)	Die Gestaltung der Exekutive der Politischen Gemeinschaft	237
c)	Die parlamentarische Verantwortlichkeit des Exekutivrates	254
d)	Die Kompetenzen der Gemeinschaft	262
e)	Das Gesetzgebungsverfahren der Gemeinschaft	266
f)	Der Exekutivrat als Regierung	268
g)	Die Rechtsnatur der Politischen Gemeinschaft	274

3. Die zwischenstaatlichen Verhandlungen	280
III. Zwischenergebnis	290
 Zweites Kapitel: Der Motor im Praxistest	291
§ 4 <i>Die Hohe Behörde als integrationspolitischer Unternehmer</i>	293
I. Das Selbstverständnis der Hohen Behörde	293
II. Der Juristische Dienst: Schöpfer des Gemeinschaftsrechts	298
III. Die Gestaltungsfreiheit der Hohen Behörde nach der Rechtsprechung	302
1. Zur Auslegungsmethode und zum Ermessensspielraum	305
2. Zum Befugniszuwachs durch „implied powers“	314
3. Zur Rechtsetzungsbefugnis in nicht-integrierten Sektoren	324
IV. Die Positionierung der Hohen Behörde im Gleichgewicht der Gewalten	327
1. Das Verhältnis zum Besonderen Ministerrat in der Praxis	328
2. Das Verhältnis zur Gemeinsamen Versammlung	337
V. Zwischenergebnis	342
§ 5 <i>Die Hohe Behörde als außenpolitischer Akteur</i>	345
I. Der Streit um die Vertragsschlusskompetenz	347
II. Das Assoziationsabkommen mit Großbritannien	356
III. Der Konflikt um den Assoziationsrat	359
IV. Die Vertragsschlusskompetenz in der Praxis	364
V. Zwischenergebnis	367
§ 6 <i>Die Hohe Behörde in der Kohlekrise</i>	369
 Drittes Kapitel: Die Kommission – Motor in intergouvernementalisierter Gestaltungsstruktur	381
§ 7 <i>Der Einsatz der Hohen Behörde für die „relance“ des Integrationsprojekts</i>	383
I. Der Streit über die Integrationsmethode	385
II. Die Konferenz von Messina: kein Entscheid im Methodenstreit	395
III. Zwischenergebnis	399
§ 8 <i>Die Konzipierung der Kommission in den Verhandlungen um die Römischen Verträge</i>	401
I. Die Annäherung der Ausgangspositionen im Regierungsausschuss	401
II. Der Einfluss der Hohen Behörde auf den Bericht der Delegationsleiter	407
III. Die institutionelle Gestaltungsstruktur nach dem Spaak-Bericht	413

IV.	Die Intergouvernementalisierung der Gestaltungsstruktur auf den Brüsseler Vertragskonferenzen	417
V.	Zur Konzeption der Gestaltungsstruktur speziell von Euratom	423
VI.	Die Redaktion der Verträge durch die juristischen Experten der Delegationen	428
	1. Die Arbeit der Redaktionsgruppe in der historischen Bewertung	428
	2. Die Ausarbeitung der einzelnen organisationsrechtlichen Vorschriften	430
VII.	Die Rezeption und Bewertung der institutionellen Architektur	442
VIII.	Zwischenergebnis	452
§ 9	<i>Die Kommission in der ersten Dekade der EWG</i>	453
I.	Die Rolle der Kommission im intergouvernementalisierten Rechtsetzungsverfahren	454
	1. Die Zusammenarbeit mit dem Rat im Rechtsetzungsverfahren .	455
	2. Die Selbstwahrnehmung der Kommission	458
	3. Kritik an der intergouvernementalisierten Gestaltungspraxis ...	459
	4. Die Praxis der delegierten Rechtsetzung durch die Kommission	462
II.	Garantin der supranationalen Normativität	467
III.	Das Parteiergreifen für die „Supranationalisten“	470
IV.	Der Luxemburger Kompromiss: Rappel à l'ordre	472
V.	Die Vertreterin der Gemeinschaft im Völkerrechtsverkehr	478
VI.	Die Ausweitung der außenpolitischen Befugnisse durch den EuGH	480
VII.	Zwischenergebnis	488
§ 10	<i>Die Konsolidierung der intergouvernementalisierten Gestaltungsstruktur durch den Fusionsvertrag</i>	491
I.	Keine Politische Union ohne supranationales Exekutivorgan	491
II.	Die Fusion der drei supranationalen Exekutivorgane	495
III.	Die Bilanzierung des Integrationsstandes	501
Schluss	507
Quellenverzeichnis	517
I.	Unveröffentlichte Quellen	517
II.	Veröffentlichte Quellen	532
Literaturverzeichnis	539
Personenregister	563
Sachregister	567

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
AA-PA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amts
AA/CC	Assemblée ad hoc, Commission constitutionnelle
AA/CC/SCP	Assemblée ad hoc, Commission constitutionnelle, Sous-commission des institutions politiques
AA/CC/GT	Assemblée ad hoc, Commission constitutionnelle, Groupe de travail
a. A.	andere Ansicht
Abg.	Abgeordnete(r)
Abgg.	Abgeordneten
Abs.	Absatz
a. E.	am Ende
AETR	Accord européen relatif au travail des équipages des véhicules effectuant des transports internationaux par route
AEUU	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte Fassung
AH	Fond Assemblée ad hoc, documents from 1952 to 1955
AJComL	American Journal of Comparative Law
AJIL	American Journal of International Law
Anm.	Anmerkung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AUILR	The American University International Law Review
AVR	Archiv des Völkerrechts
Az.	Aktenzeichen
BAC	CEE / CEEA Commissions, Fonds BAC, documents from 1821 to 1986.
Bd.	Band
BDGVR	Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht
Betr.	Betrifft; Betreff
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BMI	Bundesminister des Inneren
BMJ	Bundesminister der Justiz
BMWi	Bundesminister für Wirtschaft
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
CDU	Christliche Demokratische Union Deutschlands

CEAB01	Fond CECA Haute Autorité, Service Juridique, documents from 1947 to 1978
CEAB02	Fond CECA Haute Autorité, Secrétariat Général, documents from 1945 to 1970
CEAB03	Fond CECA Haute Autorité, Archives centrales, documents from 1946 to 1972
CECA	Communauté européenne du charbon et de l'acier
CEE	Communauté économique européenne
CEEA	Communauté européenne de l'énergie atomique
CEH	Contemporary European History (Zeitschrift)
Ch. Del.	(Comité des) chefs de délégation
COCOR	Commission de Coordination
CMLRev.	Common Market Law Review
CM1/1953	Fond Conseil spécial de ministres CECA
CM3/NEGO	Fond Conseil spécial de ministres CECA – Négociations du traité instituant la CEE et la CEEA – 1955–1957
Conv	Convention
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
CVCE	Centre Virtuel de la Connaissance sur l'Europe (www.cvce.eu)
ders.	derselbe
dies.	dieselbe
Diss.	Dissertation
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
Dok.	Dokument
DP	Deutsche Partei
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
EA	Europa-Archiv
EAG	Europäische Atomgemeinschaft
EAGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft
EEA	Einheitliche Europäische Akte
ECSC	European Coal and Steel Community
EG	Europäische Gemeinschaft(en)
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGKSV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGMR	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EH	Fond Etienne Hirsch, Documents from 1934 to 1993
EJIL	European Journal of International Law
ELRev.	European Law Review
EMRK	Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten
EU	Europäische Union
EuConst	European Constitutional Law Review
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EUI	European University Institute
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
Euratom	Europäische Atomgemeinschaft
EUV	Vertrag über die Europäische Union

EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EVGV	Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EZB	Europäische Zentralbank
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations
f.	folgend
FD	Fond Fernand Dehousse, documents from 1848 to 1976
F. I. D. E.	Fédération Internationale pour le Droit Européen
ff.	(fort)folgende
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
FW	Die Friedenswarte (Zeitschrift)
GA	Generalanwalt
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
gem.	gemäß
Gestapo	Geheime Staatspolizei
gez.	gezeichnet
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GJL	German Law Journal
HAEU	Historisches Archiv der Europäischen Union / Historical Archives of the European Union
h. M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
IA	International Affairs (Zeitschrift)
IGH	Internationaler Gerichtshof
ILO	International Labour Organization
IML	Fond Ivan Matteo Lombardo, documents from 1945 to 1974
IO	International Organization (Zeitschrift)
JCMS	Journal of Common Market Studies
JEIH	Journal of European Integration History
JEPP	Journal of European Public Policy
JEV	Jahrbuch für Europäische Verwaltungsgeschichte
JIR	Jahrbuch für internationales Recht
JMAS	Jean Monnet American Sources, Documents from 1919 to 1988.
JMDS	Jean Monnet Duchêne Sources, Documents from 1911 to 1990
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
JW	Fond Johannes Westhoff, documents from 1952 to 1972
JZ	Juristenzeitung
KM	Fond Klaus Meyer, Documents from 1963 to 1994
KZ	Konzentrationslager
lit.	littera
LS	Leitsatz
MAEF	Fond Ministère des Affaires étrangères français, documents from 1945 to 1971
Mar. Com.	(Groupe du) Marché Commun
MdB	Mitglied des Deutschen Bundestages
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht

MK	Fond Max Kohnstamm, Documents from 1952 to 1969
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NJIL	Netherlands Yearbook of International Law
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NS	Nationalsozialistische/r/n
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
OEEC	Organisation for European Economic Co-operation
PHS	Fond Paul-Henri Spaak, documents from 1883 to 1986
PU	Fond Pierre Uri, documents from 1932 to 1991
PV	Procès-verbal
PVS	Politische Vierteljahrsschrift
RD	Fond Roberto Ducci, Documents from 1954 to 1963
RdC	Recueil des Cours
RDP	Revue du droit public et de la science politique en France et à l'étranger
Red.	Groupe de rédaction
Ref.	Referat
restr.	restreint
rev.	révisé
RF sc. pol.	Revue français de science politique
RGDIP	Revue générale de droit international public
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
RTD eur.	Revue trimestrielle de droit européen
SA	Sturmabteilung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
S.	Seite(n) / Satz
s.	siehe
s. a.	siehe auch
Sec.	Secrétariat
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung
StIG	Ständiger Internationaler Gerichtshof
s. o.	siehe oben
sog.	sogenannt
s. u.	siehe unten
TVA	Tennessee Valley Authority
u.	und
UAbs.	Unterabsatz
u. a.	unter anderem
UN	United Nations
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
U. S.	United States
USA	United States of America
verb.	verbundene
VfZ	Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte

vgl.	vergleiche
VN	Vereinte Nationen
Vol.	Volume
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
WVK	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge
YEL	Yearbook of European Law
YLJ	Yale Law Journal
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht zum Beispiel
ZHR	Zeitschrift für das Gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
Ziff.	Ziffer
zit.	zitiert
ZöR	Zeitschrift für öffentliches Recht
ZSE	Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften

Einleitung

Die 2019 aus dem Amt geschiedene Juncker-Kommission hat in den letzten Jahren ihrer Amtszeit eine Debatte über die zukünftige Struktur der Europäischen Union in Gang gesetzt. Startpunkt war der Januar 2017, als Kommissionspräsident *Jean-Claude Juncker* ein „Jahr der Entscheidung“ ausrief.¹ Angesichts der großen Herausforderungen, mit denen sich die Europäische Union konfrontiert sehe, müsse Europa das angebrochene Jahr als „Weltaugenblick“ nutzen, forderte er damals mit Bezugnahme auf *Stefan Zweig*. Eine „Sternstunde der Menschheit“ blieb freilich aus, auch wenn die Europäische Kommission mit dem „Weißbuch zur Zukunft Europas“ ein Optionenpapier zur Änderung des Integrationsrahmens vorlegte.² Dies geschah zum Jahrestag des sechsten Dezenniums der Römischen Verträge am 25. März 2017, dessen Feier fraglos eine Krisenzäsur setzen sollte.³ Mit ihrer sehr allgemein gehaltenen „Erklärung von Rom“ nahmen die Staats- und Regierungschefs der „EU der 27“ den Integrationsimpuls zumindest symbolisch auf.⁴ Für das „neue Kapitel des europäischen Projekts“ gab *Juncker* in Vorwort und Anhang des Weißbuchs einen Fahrplan vor.⁵ Als zeitlichen Endpunkt der strukturellen Veränderung setzte er das Jahr 2025 – genauso wie es zuvor der sog. „Fünf-Präsidenten-Bericht“ für die Verwirklichung der Finanz- und Fiskalunion getan hatte.⁶ In den nachfolgenden Monaten steuerte die Kommission die von ihr angestoßene Debatte thematisch mit der sukzessiven Veröffentlichung von „Reflexionspapieren“.⁷ Hierdurch wurde die Gestalt

¹ *Juncker*, Jahr der Entscheidung, in: Welt am Sonntag, 29.01.2017 (www.welt.de).

² Europäische Kommission, Weißbuch zur Zukunft Europas. Die EU der 27 im Jahr 2025 – Überlegungen und Szenarien, 01.03.2017.

³ Siehe hierzu *Schorkopf*, 60 Jahre Römische Verträge – Dezennien feiern, Krisen nutzen, Zukunft haben, ZSE 15 (2017), S. 16 (25).

⁴ Europäischer Rat, Die Erklärung von Rom, 25.03.2017.

⁵ Europäische Kommission, Weißbuch zur Zukunft Europas. Die EU der 27 im Jahr 2025 – Überlegungen und Szenarien, 01.03.2017, S. 3 u. 28.

⁶ Europäische Kommission, Der Bericht der fünf Präsidenten, Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden, 22.06.2015. Siehe hierzu *Schorkopf*, Zukunftsorientierung oder Realitätsleugnung?, ZSE 13 (2015), S. 356 ff.

⁷ Europäische Kommission, Reflexionspapier zur sozialen Dimension Europas, 26.04.2017; dies., Reflexionspapier „Die Globalisierung meistern“, 10.05.2017; dies., Reflexionspapier zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion, 31.05.2017; dies., Reflexionspapier zur Zukunft der europäischen Verteidigung, 07.06.2017; dies., Reflexionspapier zur Zukunft der EU-Finzen, 28.06.2017.

der zukünftigen Union typisiert, doch die organisationsrechtlichen Einzelheiten des konkreten institutionellen Rahmens blieben zunächst eine Leerstelle – trotz seiner nicht zu unterschätzenden Auswirkung auf den Integrationsverlauf.⁸ Im September 2017 legte *Juncker* hier nach: In seiner Rede zur Lage der Union schlug er vor, die Ämter des Kommissionsvizepräsidenten und des Euro-Gruppen-Präsidenten zu einem europäischen Wirtschafts- und Finanzminister zu verschmelzen, sowie die Ämter des Kommissionspräsidenten und des Präsidenten des Europäischen Rates zusammenzulegen, damit endlich „ein einziger Kapitän am Steuer wäre“.⁹ Seine Vorstellungen von einer institutionellen Reform der EU aktualisierte und konkretisierte *Juncker* im Februar 2018.¹⁰ Die Idee eines europäischen Wirtschafts- und Finanzministers griff er nicht wieder auf, anders jedoch die gemeinsame Präsidentschaft von Kommission und Europäischem Rat: Eine solche einheitliche Vertretung der EU würde zu einer effizienteren Struktur führen und der Darstellung der von Kommission und Mitgliedstaaten einvernehmlich gefassten Beschlüsse als „Diktate aus Brüssel“ entgegenwirken, so seine Begründung. Zudem solle die Doppelfunktion des Präsidenten die doppelte Legitimität und Rechenschaftspflicht der Union gegenüber sowohl nationaler als auch europäischer Öffentlichkeit abbilden.¹¹ Mit Verweis auf den Wortlaut von Art. 15 Abs. 6 EUV wird hervorgehoben, dass ein „doppelter Hut“ des Kommissionspräsidenten bereits im Rahmen der bestehenden Verträge möglich sei. Deutlich unentschiedener in der Sache wirkt dagegen der Appell an den Europäischen Rat, bis November 2019 die Reduzierung der Kommissionsmitglieder auf die in Art. 17 Abs. 5 EUV vorgesehene Anzahl zu prüfen.¹²

Bevor die Kommission im Frühjahr 2018 ihre Ideen für eine effizientere EU präsentierte, hatte das Europäische Parlament bereits die Maximalgröße eines Integrationsschrittes im institutionellen Bereich ausgemessen: Einen kompromisslos auf die Politische Union¹³ abzielenden Ansatz lieferte ein an-

⁸ Eine Komplementärdebatte hierzu forderte *Schorkopf*, 60 Jahre Römische Verträge – Dezennien feiern, Krisen nutzen, Zukunft haben, ZSE 15 (2017), S. 16 (28f.). Er nennt als Diskussionspunkte: stärkere Differenzierung der Richtlinie von der Verordnung, das institutionelle Gewicht des EuGH und seiner Auslegung des Primärrechts, einen legislativen Konkretisierungsvorbehalt der Grundfreiheiten und die Bindung des Politischen an das Recht.

⁹ Rede von *Jean-Claude Juncker* am 13.09.2017 vor dem Europäischen Parlament in Straßburg, „Lage der Union 2017: Auf der Grundlage des Vertrags von Lissabon durchführbare Vorschläge zur Zukunft Europas“

¹⁰ European Commission, Communication from the Commission to the European Parliament, the European Council and the Council, A Europe that delivers: Institutional options for making the European Union's work more efficient, 13.02.2018, COM(2018) 95 final.

¹¹ Europäische Kommission, Wie wir die Arbeit der Europäischen Union effizienter machen können (https://ec.europa.eu/commission/publications/institutional-issues_de).

¹² European Commission, Communication from the Commission to the European Parliament, the European Council and the Council, A Europe that delivers: Institutional options for making the European Union's work more efficient, 13.02.2018, COM(2018) 95 final, S. 7f.

¹³ Siehe zur Bedeutung dieses Begriffs *Kielmansegg*, Integrationsziel Politische Union, ZSE 12 (2014), S. 18 ff.

genommener Text, entstanden unter Federführung von *Guy Verhofstadt*, Fraktionsvorsitzender der Liberalen und Mitglied im Ausschuss für konstitutionelle Fragen.¹⁴ Sein Ausgangspunkt ist das Eingestehen der Unfähigkeit der Unionsorgane, die sog. „Polykrise“¹⁵ mit ihren finanziellen, wirtschaftlichen, sozialen und migratorischen Auswirkungen zu bewältigen.¹⁶ Als Grund hierfür wird ein Mangel an Steuerung ausgemacht, namentlich das systematische und andauernde Streben nach Einstimmigkeit im Rat und das Fehlen einer echten einheitlichen Exekutivbehörde mit umfassender demokratischer Legitimation, die wirksame Maßnahmen in einem breiten Spektrum von Politikbereichen ergreifen kann. Zudem habe der Europäische Rat in der Krise seine Tätigkeit auf das Tagesgeschäft der Union ausgedehnt, indem er außerhalb des EU-Rahmens stehende zwischenstaatliche Instrumente schuf, obwohl er keine legislative Funktion besitzt, sondern gem. Art. 15 Abs. 1 EUV bloß Impulsgeber für die Entwicklung der Union ist und politische Zielvorstellungen und Prioritäten festzulegen hat. Da aber die Verwirklichung der Banken- und Fiskalunion eine wirkungsvollere und demokratischere Form der Steuerung bedürfe, verlangt der Bericht den Verzicht auf intergouvernementale Gestaltungsmechanismen und schlägt stattdessen die Parlamentarisierung des unionalen Regierungssystems vor: Die Kommission solle die Rolle einer wirklichen Regierung der Union übernehmen, dem Europäischen Parlament rechenschaftspflichtig sein und in die Lage versetzt werden, die gemeinsamen haushaltspolitischen und makroökonomischer Maßnahmen des Euro-Währungsgebietes zu konzipieren und umzusetzen. Dazu gehöre die Vorlage eines „Konvergenzkodex“ im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren, mit dem den Mitgliedstaaten rechtsverbindliche Vorgaben gemacht werden für Besteuerung, Arbeitsmarkt, Investitionen, Produktivität, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Kapazitäten der öffentlichen Verwaltung und für verantwortungsvolles Management. Der Europäische Rat, der Rat und dessen spezielle Formationen seien dagegen in einen Rat der Staaten

¹⁴ Europäisches Parlament, Bericht über mögliche Entwicklungen und Anpassungen der derzeitigen institutionellen Struktur der Europäischen Union, Entschließung vom 16.02.2017, 2014/2248(INI). Die Ideen gehen zurück auf *Verhofstadts* Wahlprogramm zur Europawahl 2014, s. sein Interview „Die Kommission muss die europäische Regierung sein“, in: *Die Welt*, 31.03.2014, S. 7.

¹⁵ Europäische Kommission, Rede von Kommissionspräsident *Jean-Claude Juncker* beim Festakt des Europäischen Forums Alpbach, 21.08.2016, S. 4: „Wie leben in Zeiten einer Polykrise. Zum Amtsantritt habe ich gesagt: dies ist die Kommission der letzten Chance. Es ist eigentlich die Kommission, die sich mit einer Polykrise herumschlagen muss, die es in der Dichte und in der Dimensionierung bislang noch nicht gab. Und diese polykrisenhafte Verdichtung der Globalisierungs- und Europäisierungsprobleme muss uns dazu ermahnen, auf dem als richtig erkannten Weg weiter zu machen.“

¹⁶ Gemeint ist die fortwährende Krise, die 2008 mit der Finanzmarktkrise begann, sich zur Staatsschuldenkrise erweiterte, die wiederum in die Euro-Krise umschlug; der Zusammenbruch des Schengen- und Dublin-Raumes ab Herbst 2015; der Austritt Großbritanniens aus der Union; Rechtsstaatlichkeit gefährdende Entwicklungen in manchen Mitgliedstaaten; Terrorismus.

umzuwandeln, einem einzigen Legislativrat als zweiter Kammer der EU-Gesetzgebung.¹⁷

Die Aufwertung der supranationalen Exekutivbehörde zu einem zentralen, parlamentarisch verantwortlichen Steuerungsorgan der Unionspolitiken wird auch im Wahlprogramm einer der derzeitigen deutschen Regierungsparteien ausdrücklich als europapolitisches Ziel genannt.¹⁸ Angesichts der Staatsschuldenkrise hatte schon *Wolfgang Schäuble* seinerzeit als Bundesfinanzminister erklärt, für eine echte Wirtschafts- und Währungsunion müsse „die Europäische Kommission zu einer wirklichen Exekutive, das heißt Regierung, weiterentwickelt werden“.¹⁹ In jenen Tagen hatte der damalige Außenminister *Guido Westerwelle* hierfür bei den europäischen Partnern Unterstützung gesucht und die Amtskollegen von zehn der Integration gegenüber aufgeschlossenen Mitgliedstaaten zu einer sog. „Zukunftsgruppe“ eingeladen, um gemeinsam Vorschläge für die Vertiefung des europäischen Projekts zu formulieren. Ihr Abschlussbericht hält fest, dass einige Mitglieder einen direkt gewählten Kommissionspräsidenten befürworten würden, „der die Mitglieder seiner ‚europäischen Regierung‘ selbst bestimmt“, sowie ein Europäisches Parlament mit Initiativrecht im Gesetzgebungsverfahren und mit einer zweiten Kammer für die Mitgliedsstaaten.²⁰ Einige Minister schlugen auch die mittelfristige Schaffung eines „Doppelhuts“ von Kommissionspräsident und Präsident des Europäischen Rates vor.²¹ Konsens bestand darüber, die Kommission zu stärken, „damit sie ihre unentbehrliche Rolle als Motor der Gemeinschaftsmethode uneingeschränkt und wirksam erfüllen kann.“²²

Während der Finanz- und Staatsschuldenkrise wurde die Kommission nämlich als führungsschwach wahrgenommen.²³ Mit jedem der in rascher Abfolge stattfindenden Krisengipfeln erschien die Kommission immer mehr wie das Sekretariat des Europäischen Rates.²⁴ Der Rückgriff auf intergouvernementa-

¹⁷ Für ein „echtes, legislatives Zweikammersystem aus Rat und Parlament mit der Kommission als Exekutive“ auch der ebenfalls angenommene Bericht der Abgeordneten *Mercedes Bresso* und *Elmar Brok*: Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. Februar 2017 zur Verbesserung der Funktionsweise der Europäischen Union durch Ausschöpfung des Potenzials des Vertrags von Lissabon, 2014/2249(INI).

¹⁸ SPD, Das moderne Deutschland. Zukunft, Gerechtigkeit, Europa, 16.07.2017, S. 31; s. auch schon *Gabriel/Schulz*, Europa neu Gründen, 24.06.2016, S. 3.

¹⁹ *Schäuble*, Institutioneller Wandel und Europäische Einigung, Rede von Dr. Wolfgang Schäuble an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg am 11.01.2013, S. 8 (<http://www.bundesfinanzministerium.de> → Reden und Interviews).

²⁰ Abschlussbericht der Gruppe zur Zukunft Europas, 17.09.2012, S. 4 u. 12; s. auch schon Außenministergruppe zur Zukunft Europas, Erklärung des Vorsitzes: Zwischenbericht, 15.06.2012.

²¹ Abschlussbericht der Gruppe zur Zukunft Europas, 17.09.2012, S. 11.

²² Ebenda, S. 10.

²³ Siehe etwa *Schult*, Mehr Macht für den Streber, in: *Der Spiegel*, 16.07.2012, S. 81 f.

²⁴ *Schorkopf*, Die Kommission im institutionellen Rahmen der Verträge, in: Immenga/Körber (Hrsg.), Die Kommission zwischen Gestaltungsmacht und Rechtsbindung, 2012, S. 37

le Gestaltungsmechanismen im Zuge der sog. „Unionsmethode“²⁵ war dabei eine „ironische Wendung in der neueren Geschichte des Öffentlichen Rechts“, denn die Europäische Union erwies sich dem Völkerrecht näher stehend als bis dahin gedacht.²⁶ Mit einer pessimistischen Analyse der unionalen Gestaltungsstruktur wird aber auch teilweise versucht, bislang nicht durchsetzbare Integrationschritte als einzigen Ausweg zu präsentieren. Denn die Forderung nach Ablösung der Kommission mit einer europäischen Regierung mag bei einigen durchaus mit der Hoffnung verbunden sein, die Europäische Union den „Vereinigten Staaten von Europa“ weiter anzunähern.²⁷ Hinter den institutionellen Reformvorschlägen steht jedenfalls die Absicht, den in der Krise gewachsenen Einfluss der Euroländer zugunsten von Kommission und Europäischem Parlament wieder zurückzudrängen.²⁸ Es überrascht daher nicht, dass der frühere Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* sich ebenfalls für Zweikammersystem und „Doppelhut“ aussprach.²⁹ Er sah die Kommission in die Rolle der europäischen Regierung wachsen, einschließlich der Funktion eines Euro-weiten Schatzamtes.

Die politischen Visionen für die institutionelle Reform der Europäischen Kommission bedeuten im Rückschluss, dass dieses Organ unter den gegenwärtigen Begebenheiten noch nicht als alleinige Regierungsstelle der Union angesehen wird. Augenfällig wurde die Mehrgliedrigkeit des unionalen Machtzentrums etwa bei der Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union, den der Kommissionspräsident zusammen mit den Präsidenten des Europäischen Rates und des Europäischen Parlaments entgegennahm.³⁰ Diese Beobachtung deckt sich mit dem Befund des Bundesverfassungsgerichts in seinem Lissabon-Urteil, in dem es heißt: „Die Europäische Kommission ist bereits auf der Grundlage des geltenden Rechts in die Funktion einer – mit Rat und Europäischem Rat geteilten – europäischen Regierung hineingewachsen.“³¹ Das

(53). Für eine aktuelle Übersicht über die Rolle der Kommission in der Finanzkrise s. *Haltern*, *Europarecht*, Bd. 1, 3. Aufl., 2017, S. 257 f.

²⁵ Siehe hierzu *Schorkopf*, *Methodenpluralismus in der europäischen Integration*, in: Kadelbach (Hrsg.), *Die Europäische Union am Scheideweg*, 2015, S. 93 ff.

²⁶ *Schorkopf*, *Finanzkrisen als Herausforderung der internationalen, europäischen und nationalen Rechtsetzung*, *VVDStRL* 71 (2012), S. 183 (208).

²⁷ Diese Verbindung zieht ausdrücklich die frühere Kommissarin *Viviane Reding* in einem Interview, s. „Reding denkt an Vereinigte Staaten von Europa“, *Rheinische Post*, 10.12.2012 (<http://www.rp-online.de/politik/eu/reding-denkt-an-vereinigte-staaten-von-europa-aid-1.3101090>).

²⁸ Siehe hierzu *Mussler*, *Mehr Macht für Brüssel im Euroraum?*, in: *F.A.Z.*, 22.06.2015, S. 17.

²⁹ *Barroso*, *Betrachtungen zur aktuellen Situation und zur Zukunft der Europäischen Union*, Rede am 8. Mai 2014 an der Humboldt-Universität zu Berlin, S. 18 (<http://www.whi-berlin.eu/humboldt-reden-zu-europa-archiv.html>).

³⁰ https://europa.eu/european-union/about-eu/history/2010-today/2012/eu-nobel_de.

³¹ BVerfG, Urteil vom 30. Juni 2009, 2 BvE 2/08 u. a., Rn. 297 = BVerfGE 123, 267, 380 f. – Lissabon.

Gericht erkannte in dem Vertrag von Lissabon jedoch eine „Verlagerung des Schwerpunkts politischer Gestaltung hin zur Kommission“. ³² Tatsächlich wurde ihre Stellung in wesentlichen Aspekten neu justiert. ³³ Mit Art. 17 erhielt sie erstmalig im EU-Vertrag eine umfassende Regelung. Zu den Neuerungen gehört die Stärkung der Stellung des Kommissionspräsidenten, indem ihm ausdrücklich die Leitlinienkompetenz zugewiesen wird (Art. 17 Abs. 6 S. 1 lit. a EUV), was die frühere Formel der „politischen Führung“ (Art. 217 Abs. 1 EGV) ablöste. Damit wurde die Kommission nationalen Regierungsmodellen weiter angenähert. ³⁴ Der Präsident erhielt zudem die Organisations- und Personalhoheit (Art. 248 S. 2 AEUV). Er leitet die Aufgabenerfüllung (Art. 248 S. 3 AEUV) und ist somit wie ein Regierungschef für die Politik der Ressorts verantwortlich. ³⁵ Diese Neuorganisation zielt erkennbar darauf ab, die Handlungsfähigkeit und damit die Gestaltungsmacht der Kommission zu stärken. Vor allem gilt dies für die erklärte Absicht, die Anzahl der Kommissionsmitglieder auf zwei Drittel der Anzahl der Mitgliedstaaten zu verringern (Art. 17 Abs. 5 UAbs. 1 EUV). ³⁶ Eine weitere Stärkung ihrer Regierungsfunktion erfährt die Kommission mit dem Prinzip ihrer parlamentarischen Verantwortlichkeit gegenüber dem Europäischen Parlament (Art. 17 Abs. 8 S. 1 EUV), das hierfür klassische Parlamentsrechte erhält. ³⁷ Mit einem neuen Verfahren zur Investitur des Kommissionspräsidenten soll zudem sichergestellt werden, dass dessen politische Richtung von der Mehrheit des Europäischen Parlaments getragen wird. ³⁸ So gibt nunmehr Art. 17 Abs. 7 UAbs. 1 EUV dem Europäischen Rat auf, dem Europäischen Parlament nach entsprechenden Konsultationen einen Kandidaten vorzuschlagen und dabei das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament zu berücksichtigen. Dieses wiederum „wählt“ den vorgeschlagenen Kandidaten mit der Mehrheit seiner Mitglieder. Aus dieser Wahlkompetenz und

³² Ebenda. Wenn diese sich fortsetzte, indem die Wahl des Kommissionspräsidenten rechtlich wie faktisch allein durch das Europäische Parlament erfolgte, würde mit der Wahl der Abgeordneten zugleich über eine europäische Regierung entschieden werden – über das heute bereits geregelte Maß hinaus.

³³ Siehe die Übersicht bei *Knauff*, Die Kommission als Organ, in: ders./Oppelland (Hrsg.), Die Europäische Kommission zwischen Technokratie und Politisierung, 2016, S. 9 (13 ff.).

³⁴ *Ruffert*, Rechtsstellung, Struktur und Funktion der Kommission nach dem Vertrag von Lissabon, in: *Knauff/Oppelland* (Hrsg.), Die Europäische Kommission zwischen Technokratie und Politisierung, 2016, S. 39 (46) m. w. N.

³⁵ *Ruffert*, ebenda.

³⁶ Dieses Vorhaben ist nicht umgesetzt worden, s. hierzu *Schorkopf*, Der Europäische Weg, 2. Aufl., 2015, S. 163.

³⁷ *Ruffert*, Rechtsstellung, Struktur und Funktion der Kommission nach dem Vertrag von Lissabon, in: *Knauff/Oppelland* (Hrsg.), Die Europäische Kommission zwischen Technokratie und Politisierung, 2016, S. 39 (50 f.). Hierzu zählen: Aufforderung zur Vorlage von Vorschlägen (Art. 225 AEUV), Interpellationsrecht (Art. 230 Abs. 2 AEUV), Erörterung des Gesamtberichts (Art. 233 AEUV), haushaltspolitische Entlastung (Art. 319 AEUV), Misstrauensvotum (Art. 17 Abs. 8 S. 2 u. 3 EUV i. V. m. Art. 234 AEUV).

³⁸ *Ruffert*, ebenda, S. 39 (47) m. w. N.

der Berücksichtigungsklausel leitet das Parlament eine eigene Machtposition ab, zumal es nun verfahrensmäßig möglich ist, so lange den Kandidaten des Europäischen Rates die Zustimmung zu verweigern, bis dieser den vom Europäischen Parlament vorgesehenen Kandidaten vorschlägt.³⁹ Als 2014 die Parteien mit eigenen „Spitzenkandidaten“ zur Europawahl antraten,⁴⁰ kam es zum Machtkampf zwischen Europäischem Rat und Parlament, den letzteres für sich entscheiden konnte.⁴¹ Die Praxis hat damit einen neuen Standard gesetzt und den EU-Vertrag ausgeschöpft hinsichtlich der Möglichkeit, das institutionelle Gleichgewicht der Europäischen Union stärker in Richtung auf ein parlamentarisches Regierungssystem hin staatsanalog zu verändern.⁴² Die Anlehnung der Investitur des Kommissionspräsidenten an diejenige von Regierungschefs hat in der Geschichte der Integration ihren bisherigen Höhepunkt erreicht.⁴³ Die Folge ist eine deutliche Politisierung der Kommission durch eine stärkere politische Rolle ihres Präsidenten, der den mitgliedstaatlichen Vertretern und den intergouvernementalen Unionsorganen seine demokratische Legitimation entgegenhalten kann.⁴⁴ Hierin liegt allerdings eine Gefahr für die Funktionalität der institutionellen Gestaltungsstruktur der Union, deren zentrales Merkmal die Konsenssuche ist, die wiederum auf das erfolgreiche Vermitteln einer unabhängigen Kommission zwischen Parlament und Ministerrat angewiesen ist.⁴⁵ Das Streben in der Union nach Ausgleich kennzeichnet schließlich auch die Auswahl aller Kommissare: Nach Art. 244 lit. b AEUV ist bei der Zusammensetzung des Kollegiums „das demografische und geografische Spektrum der Gesamtheit der Mitgliedstaaten auf zufrieden stellende Weise zum Aus-

³⁹ Haltern, *Europarecht*, Bd. 1, 3. Aufl., 2017, S. 207.

⁴⁰ Siehe zu Aufstellung und Wahlkampf der Spitzenkandidaten *Oppelland*, „Spitzenkandidaten“ der europäischen Parteien bei der Europawahl 2014, in: Knauff/ders. (Hrsg.), *Die Europäische Kommission zwischen Technokratie und Politisierung*, 2016, S. 57 (59–81).

⁴¹ Haltern, *Europarecht*, Bd. 1, 3. Aufl., 2017, S. 207.

⁴² *Schorkopf*, *Die Europäische Union auf dem Weg aus der Krise?*, ZSE 12 (2014), S. 395 (395 u. 397) m. w. N. Allerdings wird das Vorschlagsrecht des Europäischen Rates nur dann auf ein rein formales Privileg reduziert, wenn das Parlament eine Mehrheit bilden kann, die gegenüber dem Druck der Staats- und Regierungschefs standhaft bleibt, so *Oppelland*, „Spitzenkandidaten“ der europäischen Parteien bei der Europawahl 2014, in: Knauff/ders. (Hrsg.), *Die Europäische Kommission zwischen Technokratie und Politisierung*, 2016, S. 57 (58).

⁴³ *Ruffert*, *Rechtsstellung, Struktur und Funktion der Kommission nach dem Vertrag von Lissabon*, in: Knauff/Oppelland (Hrsg.), *Die Europäische Kommission zwischen Technokratie und Politisierung*, 2016, S. 39 (47).

⁴⁴ Haltern, *Europarecht*, Bd. 1, 3. Aufl., 2017, S. 208. Zu den Schwächen dieser Legitimationsbrücke s. *Schorkopf*, *Die Europäische Union auf dem Weg aus der Krise?*, ZSE 12 (2014), S. 395 (396).

⁴⁵ *Hrbek*, *Passen Politisierung der Europäischen Kommission und an „Westminster“ orientierte Polarisierung im Europäischen Parlament zur politisch-institutionellen Architektur der EU?*, FS Müller-Graff, 2015, S. 1290 (1293–1295). Dem Verfassungskonvent sei es darum weder um die Etablierung einer Unionsregierung, noch um die volle Parlamentarisierung gegangen, so sein ehemaliges Mitglied *Klaus Hänsch*, in: *ders.*, *Was erlauben Schulz?*, in: F.A.Z., 20.7.2014 (www.faz.net).

druck“ zu bringen – in der Praxis orientiert sich die Auswahl darüber hinaus an Staatsangehörigkeit, Parteienzugehörigkeit, wirtschaftspolitischer Ausrichtung, Erfahrung und Geschlecht.⁴⁶

Die Juncker-Kommission hat sich sehr für die Befolgung des Spitzenkandidatensystems bei der Europawahl 2019 eingesetzt und seinen Ausbau betrieben. Sie hat ihren Verhaltenskodex geändert, sodass nun Kommissionsmitglieder sich ohne Freistellung als Kandidaten aufstellen lassen können.⁴⁷ Erklärtes Ziel ist „eine politische Kommission, die den Bürgern durch die Europawahlen näher gebracht wird“.⁴⁸ Die Wahl eines Spitzenkandidaten wird dabei verstanden als Erteilung eines bestimmten Mandats an die Kommission zur politischen Gestaltung mit entsprechenden Interventionen und einer Prioritätsfestlegung.⁴⁹ Anzusteuender Endpunkt dieser Entwicklung sei die Aufstellung einer transnationalen Liste zur Europawahl 2024 und die Direktwahl des Kommissionspräsidenten.⁵⁰

Schon in seiner ersten „Rede zur Lage der Union“ als Kommissionspräsident hatte *Juncker* erklärt, das Führen des Wahlkampfes als Spitzenkandidat habe es ihm ermöglicht, „nun auch ein politischer Präsident zu sein“.⁵¹ Zur Begründung einer sehr politischen Rolle der Kommission wies er indirekt auf Art. 17 Abs. 1 S. 1 EUV: Sie sei vertraglich vorgesehen, denn die Mitgliedstaaten hätten der Kommission aufgetragen, die allgemeinen Interessen der Union zu fördern. Ein Jahr später bekräftigte er an gleicher Stelle sein Amtsverständnis: „Die Kommission muss Verantwortung übernehmen, indem sie politisch ist, nicht technokratisch.“⁵² Dazu gehöre auch, den Stabilitäts- und Wachstums-

⁴⁶ *Wiesner*, (Parlamentarische) Regierung oder Administration?, in: Knauff/Oppelland (Hrsg.), Die Europäische Kommission zwischen Technokratie und Politisierung, 2016, S. 85 (99). Die letzten beiden Parameter wurden von *Barroso* eingebracht, s. *Haltern*, Europarecht, Bd. 1, 3. Aufl., 2017, S. 209.

⁴⁷ Commission decision of 31.1.2018 on a Code of Conduct for the Members of the European Commission, C(2018) 700 final. In diesem Zuge erging auch: European Parliament decision of 7 Februar 2018 on the revision of the Framework Agreement on relations between the European Parliament and the European Commission, 2017/2233 (ACI).

⁴⁸ Europäische Kommission, Neue Regeln für mehr Transparenz bei den Europawahlen 2019 (https://ec.europa.eu/commission/publications/institutional-issues_de).

⁴⁹ So die Sprache der Kommission in European Commission, Communication from the Commission to the European Parliament, the European Council and the Council, A Europe that delivers: Institutional options for making the European Union's work more efficient, 13.02.2018, COM(2018) 95 final.

⁵⁰ European Commission, Communication from the Commission to the European Parliament, the European Council and the Council, A Europe that delivers: Institutional options for making the European Union's work more efficient, 13.02.2018, COM(2018) 95 final, S. 4; Rede von *Jean-Claude Juncker* am 12.09.2018 vor dem Europäischen Parlament in Straßburg, „Lage der Union 2018: Die Stunde der Europäischen Souveränität“, S. 12.

⁵¹ Rede von *Jean-Claude Juncker* am 09.09.2015 vor dem Europäischen Parlament in Straßburg, „Lage der Union 2015: Zeit für Ehrlichkeit, Einigkeit und Solidarität“.

⁵² Rede von *Jean-Claude Juncker* am 14.09.2016 vor dem Europäischen Parlament in

pakt flexibel statt dogmatisch anzuwenden. Doch gerade dieses Verhalten der Kommission in der Euro-Krise erfuhr scharfe Kritik.

Im Sommer 2015 stieß Bundesfinanzminister *Wolfgang Schäuble* eine Diskussion um die Funktion der Europäischen Kommission an. Deren Selbstverständnis als politischer Akteur hielt er für unvereinbar mit ihrer Aufgabe, die Durchsetzung des EU-Rechts sicherzustellen.⁵³ Ihr Handeln sei nämlich nicht mehr regelgebunden, sondern zunehmend diskretionär. Stein des Anstoßes waren direkte Verhandlungen *Junckers* mit Griechenland über Kredite und Schuldenschnitt, wodurch sich die Euro-Gruppe⁵⁴ in ihrer Kompetenz verletzt sah.⁵⁵ *Schäubles* Sorgen richteten sich zudem auf die Wettbewerbsaufsicht. Darum forderte er, die Kommissionsbefugnisse in diesem Bereich in ein europäisches Kartellamt auszulagern oder sonst wie eine institutionelle „Brandmauer“ in der Kommission zu schaffen, um die Überwachung des Wettbewerbs und der mitgliedstaatlichen Haushaltspolitik zu entpolitisieren.⁵⁶ Der Vorschlag fand zunächst keinen größeren Widerhall.⁵⁷ Ein Jahr später wurde die Thematik jedoch wieder aufgegriffen. Auslöser war dieses Mal die lapidare Begründung *Junckers* für seine Nachsicht mit dem französischen Dauerverstoß gegen den Stabilitätspakt. Der Kommissionspräsident wird in der Presse mit den Worten zitiert: „Weil es Frankreich ist.“⁵⁸ Auch der Chef der Euro-Gruppe meldete sich nun zu Wort und zeigte sich besorgt über den Umgang der Kommission mit dem Stabilitätspakt.⁵⁹ Diese hatte nämlich davon abgesehen, den EU-Finanzministern eine eigentlich fällige Verschärfung des Defizitverfahrens gegen Spanien und Portugal vorzuschlagen.⁶⁰ *Schäuble* erneuerte daraufhin seine Vorwürfe aus dem vorangegangenen Sommer. Er und die Kommission stritten in der Presse, wer für die Nichtverhängung von Sanktionen gegen die beiden Defizitsünder verantwortlich gewesen sei.⁶¹ Da aber auch die Mitgliedstaaten ihre Möglichkeit nicht genutzt hatten, die Kommissionsempfehlungen zu än-

Straßburg, „Lage der Union 2016: Hin zu einem besseren Europa – Einem Europa, das schützt, stärkt und verteidigt“.

⁵³ „Schäuble will EU-Kommission entmachten“, in: F.A.Z., 30.07.2015, S. 15; *Mussler*, Die EU schwächen?, in: F.A.Z., 30.07.2015, S. 1; *ders.*, Der Doppelhut der EU-Kommission, in: F.A.Z., 01.08.2015 (www.faz.net).

⁵⁴ Zu diesem Gremium s. *Haltern*, Europarecht, Bd. 1, 3. Aufl., 2017, S. 120f. u. 278.

⁵⁵ *Kafsack*, La commission, c'est moi!, in: F.A.Z., 31.10.2015, S. 21.

⁵⁶ „Berlin fordert ‚Brandmauer‘ in der EU-Kommission“, in: F.A.Z., 10.12.2015, S. 24; „Juncker sucht Konflikt mit Schäuble“, in: F.A.Z., 16.12.2015, S. 16.

⁵⁷ Wohl auch weil er zunächst nicht in der Bundesregierung abgestimmt war. Hierzu und den Reaktionen: „Schäuble hat Gabriel nicht in die EU-Reforminitiative eingebunden“, in: F.A.Z., 31.07.2015, S. 17.

⁵⁸ *Mussler*, Weil es Frankreich ist, in: F.A.Z., 02.06.2016, S. 17.

⁵⁹ „Dijsselbloem verschärft Kritik an Juncker“, in: F.A.Z., 14.06.2016 (www.faz.net).

⁶⁰ „EU-Kommission ist bedingungslos gnädig“, in: F.A.Z., 19.05.2016, S. 17, *Mussler*, Eine Farce, in: F.A.Z., 19.05.2016, S. 1.

⁶¹ „Schäuble attackiert Juncker für Milde mit Schuldnerländern“, in: F.A.Z., 27.05.2016, S. 19.

dern, drängte sich der Eindruck auf, dass beide Seiten kein Interesse an der Verhängung von Sanktionen hatten – in Spanien stand die Wiederwahl des konservativen Ministerpräsidenten an.⁶² Auch bei zwei anderen überraschenden Entscheidungen der Kommission stand der Vorwurf im Raum, aus (partei-)politischer Rücksichtnahme europarechtliche Bedenken fallen gelassen zu haben: die Beendigung des jahrelangen Rechtsstreits mit Österreich um die Quoten für ausländische Medizinstudenten kurz vor der dortigen Präsidentenwahl und das Einlenken bei der in Deutschland geplanten Maut.⁶³ Die Bereitschaft der Juncker-Kommission, mit Rücksicht auf die innenpolitische Meinung in den Mitgliedstaaten Opportunitätserwägungen über die eigene Rechtsansicht zu stellen, ist in einem anderen Fall ganz offensichtlich: In Übereinstimmung mit einem Gutachten des kommissionsinternen Rechtsdienstes hatte *Juncker* zunächst erklärt, der anstehende Abschluss des Handelsabkommens mit Kanada (CETA) falle in die alleinige Kompetenz der Union, doch nach einem Sturm der Entrüstung vollzog er eine Kehrtwendung und stufte es nunmehr als sog. „gemischtes Abkommen“⁶⁴ ein, was die Zustimmung der nationalen und teilweise auch regionalen Parlamente erfordert.⁶⁵ Die dezidiert politische Amtsführung *Junckers* scheint aus der Sorge geboren, der jüngst gewachsenen EU-Skepsis keine weitere Angriffsfläche zu bieten und dem Vorwurf zu begegnen, die Brüsseler Behörde regiere am Interesse der Menschen vorbei.⁶⁶

Die Kritik am politischen Agieren der Kommission mag dagegen zu großem Teil auf Unbehagen oder auch Unverständnis zurückzuführen sein, was das grundlegende Verhältnis zwischen Politik und Recht auf Unionsebene betrifft, denn der Grenzverlauf verläuft hier anders als in der deutschen Rechtsordnung.⁶⁷ Das Selbstverständnis der Juncker-Kommission wirft jedenfalls die Frage auf nach dem Rollenprofil dieses Organs und der Gewichtung ihrer Aufgaben.

Seit dem Vertrag von Lissabon enthält Art. 17 Abs. 1 u. 2 EUV die konstitutive Beschreibung der Kommissionsaufgaben. Sie ist auf Vollständigkeit angelegt.⁶⁸ Demnach fördert die Kommission die allgemeinen Interessen der Union und ergreift geeignete Initiativen zu diesem Zweck, sie sorgt für die

⁶² *Mussler*, Schäuble und Juncker spielen Schwarzen Peter, in: F.A.Z., 29.07.2016, S. 19; *ders.*, Heuchelei in Berlin und Brüssel, in: F.A.Z., 30.07.2016, S. 17.

⁶³ *Stabenow*, Die Quadratur des Politischen, in: F.A.Z., 28.12.2016, S. 6.

⁶⁴ Hierzu aus der Sicht des GG *Schorkopf*, Staatsrecht der internationalen Beziehungen, 1. Aufl., 2017, S. 219 ff.

⁶⁵ *Höltzchi*, Kehrtwende im EU-Handelsstreit, in: Neue Zürcher Zeitung, 05.07.2016 (www.nzz.ch); *Stabenow*, Junckers politischer Kompass, in: F.A.Z., 16.07.2016, S. 10; *Kafsack/Mussler*, Das Juncker-Syndrom, in: F.A.Z., 09.07.2016, S. 21.

⁶⁶ So auch *Mussler*, Populistisch gegen Populismus, in: F.A.Z., 05.01.2017, S. 15.

⁶⁷ Siehe hierzu *Schorkopf*, Der Europäische Weg, 2. Aufl., 2015, S. 123; *ders.*, Staatsrecht der internationalen Beziehungen, 1. Aufl., 2017, S. 573 ff.

⁶⁸ *Ruffert*, Rechtsstellung, Struktur und Funktion der Kommission nach dem Vertrag von Lissabon, in: Knauff/Oppelland (Hrsg.), Die Europäische Kommission zwischen Technokratie und Politisierung, 2016, S. 39 (52).

Personenregister

- Adenauer, Konrad 31, 49, 57, 102, 136,
141 f., 224, 281, 328 f., 386, 389, 394 f.
- Ago, Roberto 162 f., 227, 229–231
- Armand, Louis 424
- Attlee, Clement 31
- Auriol, Vincent 87
- Ball, George 65, 93
- Barroso, José Manuel 5
- Bebr, Gerhard 317, 327
- Becker, Max 236, 250
- Beyen, Johan Willem 280, 286, 387, 397,
424
- Bech, Joseph 142
- Benvenuti, Ludovico 236 f., 249, 408
- Bindschedler, Rudolf 185, 278
- Boden, Hans Constantin 134, 151
- Brentano, Heinrich von 233, 242–245,
247, 255, 268, 393, 415
- Bruce, David 345
- Camille, Jacques 245
- Carstens, Karl 336, 354
- Catalano, Nicola 158, 191, 301, 430,
432 f., 485
- Coppé, Albert 297
- Daig, Hans-Wolfram 155, 318
- Debré, Michel 237 f., 279
- De Gasperi, Alcide 223–225, 282, 289,
442
- de Gaulle, Charles 473, 491
- Dehousse, Fernand 227, 236–238, 244–
250, 255–257, 261, 268–270, 280, 285,
293, 447, 503–505
- Delfs, Hauke 429, 468
- Delors, Jacques 12 f.
- de Rossi, Ernesto 349, 352, 355, 357
- De Visscher, Paul 156, 167, 185, 280
- Dönhoff, Marion Gräfin 49
- Dulles, John Foster 346
- Erhard, Ludwig 305, 389–394, 408, 409
- Etzel, Franz 296, 391–395
- Everling, Ulrich 499
- Fouchet, Christian 16, 492 f., 495
- Frankfurter, Felix 65, 80, 179
- Friauf, Karl Heinrich 187
- Gaudet, Michel 159, 298–301, 304, 309,
313, 318 f., 328, 355, 421, 430, 433,
460, 467 f., 471 f., 496 f., 501
- Giraud, Henri 66
- Greppi, Eugenio 160, 192
- Groeben, Hans von der 393 f., 404, 408 f.,
413–415, 449, 499, 507
- Gros, André 137
- Haas, Ernst 313 f., 339, 365
- Hallstein, Walter 11, 38, 58, 123, 129,
133, 138, 167, 282 f., 286, 319, 381,
393, 395, 425, 453, 455 f., 459, 461 f.,
469–474, 476, 478 f., 493 f., 497, 507–
509, 512, 514
- Hellwig, Fritz 370, 372
- Hippel, Götz von 182
- Hirsch, Etienne 26, 87, 91 f., 113, 135, 137
- Hopkins, Harry 60
- Jaenicke, Günther 146, 171, 188 f., 275,
318, 448, 455
- Juncker, Jean-Claude 1, 8, 10, 12, 513,
544
- Kaufmann, Erich 189 f.
- Kohnstamm, Max 135
- Klompé, Marga 252

- Kraus, Herbert 30, 38, 107, 112
 Krawielicki, Robert 298–301, 304, 501 f.
- Lagrange, Maurice 41, 133, 138, 164, 173, 304, 308 f., 312, 315, 319, 323, 376 f., 447, 449, 461
 Lemaïgnen, Robert 469
 Lilienthal, David 73, 75, 80, 86
 Lindseth, Peter 96, 98, 180, 428, 441
 Lombardo, Ivan Matteo 210, 222
 Luchaire, François 162 f.
- Malvestiti, Piero 378
 Marjolin, Robert 68, 419, 422, 431, 473
 Marshall, Anna Katharina 54, 87, 92–94, 313
 Mayer, René 67, 312, 333, 408
 McCloy, John 95
 Merkatz, Hans-Joachim von 241 f., 244–246, 257, 260–262, 277
 Mitrany, David 81, 95 f.
 Monaco, Ricardo 159, 185
 Monnet, Jean 23, 26, 32, 36–39, 41–45, 47 f., 50 f., 53–59, 61–70, 82–84, 86–94, 97, 102, 105–110, 118, 120–122, 125, 129 f., 132 f., 135, 137, 141, 143, 179, 199–201, 205–207, 293–298, 300 f., 303, 305, 312, 315 f., 318, 328–330, 333–335, 337 f., 345–347, 349, 351, 358–361, 363, 366, 374, 383–388, 394, 408, 424, 440, 495, 508
 Morelli, Gaetano 156
 Mosler, Hermann 25, 102, 110, 119, 307, 317, 355
 Much, Walter 122, 159, 169 f., 298, 300 f., 375, 377
 Müller-Armack, Alfred 392 f., 404
 Mumford, Lewis 75
 Münch, Fritz 154, 166, 187, 195, 307, 444
- Nass, Klaus-Otto 507
 Nathan, Robert 66, 92
- Olivier, Gérard 300 f., 323
 Ophüls, Carl Friedrich 29, 102, 123 f., 127, 165, 173, 212 f., 283 f., 288, 349, 352, 355, 357, 387, 393, 408, 420 f., 445–447, 471, 499
- Pescatore, Pierre 429, 434–438, 478, 482, 485, 487 f., 494 f., 503 f.
 Pinay, Antoine 396, 398
 Pineau, Christian 419
 Pleven, René 68, 92, 200 f., 204–209, 221, 223, 293
- Reuter, Paul 25 f., 29, 33, 35, 47 f., 50 f., 57, 70 f., 81–86, 93, 102, 110, 118, 124, 148, 154, 158, 170, 176, 182, 193, 195, 199 f., 227, 229–231, 291, 298, 306 f., 311, 326, 333, 349, 352, 355, 357, 485
 Ridder, Helmut 227, 230
 Riphagen, Willem 124, 298, 309, 311, 321, 340 f., 352–356, 485
 Roemer, Karl 322, 323
 Roosevelt, Franklin D. 66, 71 f., 74 f., 78 f.
- Sahm, Heinz-Ulrich 140
 Salter, James Arthur 62–64, 89, 240, 495
 Schäuble, Wolfgang 4, 9
 Schaus, Eugene 244–247, 408
 Scheingold, Stuart 313, 316 f.
 Schlochauer, Hans-Jürgen 123 f.
 Schroeter, Henning von 334
 Schuman, Robert 18, 21, 23–33, 36 f., 39, 43 f., 46–48, 51 f., 56–58, 69 f., 84, 86, 90–93, 95, 97 f., 102–105, 107 f., 110, 112, 121, 123, 131, 134, 136, 138 f., 141, 145, 176, 181, 183, 189, 199–208, 210, 213, 223, 291, 312, 338, 370, 381, 385, 389, 414, 503, 508
 Snoy et d'Oppuers, Jean-Charles 397, 408
 Spaak, Paul-Henri, 54, 92, 236, 276, 279 f., 386–388, 397 f., 401 f., 408, 413–418, 421 f., 425 f., 449
 Spierenburg, Dirk 32, 105 f., 108, 110, 113, 131, 135, 295, 297, 340, 366, 411
 Spinelli, Altiero 210, 453
 Steindorff, Ernst 192, 317, 445
 Stikker, Dirk 108, 223, 226
 Strauß, Franz Josef 299, 425

- Swatland, Donald 319
- Teitgen, Pierre-Henri 244, 246–249, 257, 293
- Tooze, Adam 61
- Uri, Pierre 26, 35, 91 f., 135–137, 140, 142, 200, 326, 383, 387, 390–393, 407–416, 420 f., 425, 437, 447 f., 451
- Van Den Brink, Jan 132
- Van der Goes van Naters, Marinus 238, 245, 248, 459
- Van Zeeland, Paul 275, 280–282
- Veblen, Thorstein 77
- Verhofstadt, Guy 3
- Verzijl, Jan Henrik Willem 156, 227, 230 f.
- Wehrer, Albert 297, 370
- Wengler, Wilhelm 352
- Westerwelle, Guido 4
- Wigny, Pierre 239–242, 245, 280
- Wilson, Woodrow 61
- Wohlfarth, Ernst 430 f., 433, 442, 444 f., 482, 485
- Zweig, Stefan 1

Sachregister

- Ad-hoc-Versammlung 227–236, 250 ff., 386, 408, 438, 441, 451, 498, 515
- AETR, Urteil des EuGH vom 31. 3. 1971, Rs. 22/70 480 ff.
- Anwendbarkeit, unmittelbare 53, 300, 358, 468, 471 f., 487
- Anwendungsvorrang 18, 468
- Arbeitsdokument
- französisches 27, 34, 38 f., 118, 129, 137
 - des Generalsekretariats der Beratenden Versammlung des Europarats 228 f., 233
- Arbeitspapier Nr. 6 410, 412 f., 437
- Assoziation mit Großbritannien 356–367, 385
- Außenpolitik der Gemeinschaft 345 ff., 478 ff.; *siehe auch* Assoziation mit Großbritannien
- Auslegung 159 ff., 301, 305 ff., 315 ff., 322 f., 350 ff., 374 ff., 471, 482 ff., 512
- Auslegungsmethode, *siehe* Auslegung
- „balance sheet“ 65, 67, 87 ff., 96; *siehe auch* Technokratie
- Benelux-Memorandum 388 ff., 394, 396, 398, 423
- Bilanzierung des Integrationsstandes 501 f.
- Bilanzierungsmethode, *siehe* „balance sheet“
- Bonner Erklärung 492
- Bundesregierung, deutsche 9, 58, 94, 389 ff., 423 ff., 445, 472, 484, 498
- Bundesstaatlichkeit 81, 116 ff., 129, 141, 159 f., 168 ff., 197, 224 ff., 274 ff., 298, 303, 307, 315, 350, 359 ff., 424, 445 f., 471, 485, 503, 509
- Bundesstaatswerdung, *siehe* Bundesstaatlichkeit
- Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) 389 ff., 425
- Bundesverfassungsgericht 5, 15
- Costa/Enel, Urteil des EuGH vom 15. 7. 1964 468
- Détournement de pouvoir, *siehe* Ermessensmissbrauch
- Dualismus 165 f., 169, 171
- Effet utile 316, 323
- Ermessensmissbrauch 40 f., 192, 306 f.
- Euratom, *siehe* Europäische Atomgemeinschaft
- Europäische Atomgemeinschaft (EAG) 423 ff., 453
- Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)
- interinstitutionelle Beziehungen in der Praxis 327 ff.
 - in den internationale Beziehungen 345 ff.
 - Vertragsverhandlungen 102 ff.
 - Gestaltungsstruktur 171 ff.
 - Rechtsnatur 155 ff.
- Europäischer Gerichtshof (EuGH), *siehe* Gerichtshof der Europäischen Union
- Europäisches Parlament 43 f., 105 f., 116 f., 119 f., 139, 337 ff.
- Initiative zur Politischen Union 2 f.
 - als Bedingung für eine Verteidigungsgemeinschaft 221 ff., 254 ff.
- Europarat 48, 58, 227 f., 246, 349
- Europäische Konferenz der Verkehrsminister 386; *siehe auch* Verkehrspolitik

- Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) 199 ff.
- Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 386 ff., 403 ff., 417 ff., 430 ff., 442 ff., *siehe auch* Gemeinsamer Markt
- Funktionalismus 81, 95, 179, 202, 342, 424
- Fouchet-Plan 16, 492 ff.
- Fusion
- der Souveränitätsrechte 115, 122, 129 f.
 - der supranationalen Exekutivorgane 491 ff.
 - der Gemeinschaften 501 ff.
- Geltungsvorrang 166 ff., 277
- Geltung, unmittelbare 28, 30 f., 165, 261, 429
- Gemeinsamer Markt 263 ff., 281, 294 ff., 387 ff.; *siehe auch* Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
- Gemeinsame Versammlung, *siehe* Europäisches Parlament
- Gemeinschaftsrecht 298 ff., 471 f.
- Gerichtshof der Europäischen Union 17, 299, 429, 468, 480, 486, 510 ff.
- Gestaltungsstruktur, supranationale 17, 44 ff., 105 ff.
- Gewaltenteilung 16, 37, 96 ff., 150 ff., 172 ff., 181 ff., 231, 268, 327, 350 f., 374, 443, 515
- Hausdoktrin, *siehe* Gemeinschaftsrecht
- Hohe Behörde 24 ff., 37 ff., 51 ff., 85, 92 ff., 293 ff., 345 ff., 383 ff., 407 ff., 421
- „Implied powers“ 218, 314 ff., 352 ff., 375, 483, 486
- institutionelles Gleichgewicht, *siehe* Gewaltenteilung
- Integrationsmethode, *siehe* Gestaltungsstruktur und Methodenstreit
- Intergouvernementalismus 18, 50 ff.
- Internationale Ruhrbehörde 48 ff., 54, 205
- Juristischer Dienst 298 ff., 341 f., 355, 372 f., 471 f.
- Kommission der EWG 1 ff., 413 ff., 430 ff., 442 ff., 454 ff., 470 ff., 496 ff.
- Kompetenzauslegung, *siehe* Auslegung
- Konferenz
- Neapel 155 ff.
 - Messina 385 ff., 395 ff.
 - Stresa 155 ff., 318, 352 ff.
- Kriegswirtschaftsorganisation 59 ff.; *siehe auch* „balance sheet“
- Lissabon-Urteil 5
- Luxemburger Kompromiss 472 ff., 487 f., 507
- Marktintervention, *siehe* Wirtschaftslenkung
- Meroni & Co, Urteil des EuGH vom 13. 6. 1958 327, 465
- Methodenstreit 355 f., 385 ff., 395 ff., 491 ff., 512 f.
- Migrationskrise 510 ff.; *siehe auch* Polyzkrise
- Ministerrat 105 ff., 144 ff., 171 ff., 184 ff., 228 ff., 240 ff., 262 ff., 328 ff., 403 ff., 410 f., 418 ff., 508
- Monismus 165 ff.
- Montanunion, *siehe* Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
- Motor der Integration 11 ff., 97 f., 193, 196 ff., 271, 295 ff., 339 f., 454 f., 458 f., 474; *siehe auch* Juristischer Dienst, Auslegungsmethode, „implied powers“, Außenpolitik der Gemeinschaft
- North Atlantic Treaty Organization (NATO) 91, 195, 201, 208, 212 f., 223, 346
- New Deal 65; *siehe auch* Tennessee Valley Authority
- New Legal Historians 18, 428 f.
- Organization for European Economic Co-operation (OEEC) 54, 108, 330, 366, 425

- Parlament, *siehe* Europäisches Parlament
 Planung, *siehe* Technokratie
 Planungsamt, französisches 89 ff.
 Pleven-Plan 92, 199 ff., 221, 223
 Politik des leeren Stuhls 473; *siehe auch*
 Luxemburger Kompromiss
 Polykrise 3
 Politische Gemeinschaft 226 ff.
 Politische Union 2 f.
- Rechtsangleichung 420, 463, 466
 Redaktionsgruppe 428 ff., 452, 460, 468,
 482 ff.
 Ruhrstatut, *siehe* Internationale Ruhr-
 behörde
- Spitzenkandidatensystem 7 f., 513
 Schuman-Plan 23 ff., 46 ff.
 Supranationalität 25 ff., 42, 44 ff., 106 ff.,
 118 ff., 144 ff., 155 ff., 165
- Technokratie 77 ff., 145, 180, 229 f.,
 294 f., 340, 384, 473; *siehe auch* Pla-
 nungsamt, französisches
- Tennessee Valley Authority (TVA) 69 ff.,
 81 ff., 92 ff., 295, 385
- Van Gend & Loos, Urteil des EuGH vom
 5. 2. 1963 17, 468
- Verkehrspolitik 324 ff., 342, 399; *siehe*
auch Europäische Konferenz der Ver-
 kehrsminister
- Vertragsauslegung, *siehe* Auslegung
- Wettbewerbsrecht 9, 13, 81 ff., 133, 191,
 302 ff., 369 ff., 404 ff., 417 ff.
- Wirtschaftslenkung
 – staatliche 97 f.; *siehe auch* Tennessee
 Valley Authority
 – grenzüberschreitende 46 ff., 68, 110 ff.,
 187, 193 ff., 270 f., 295, 302 ff., 369 ff.;
siehe auch Kriegswirtschaftsorganisa-
 tion, Internationale Ruhrbehörde, Inte-
 grationsmethode
- Wirtschafts- und Währungsunion 4 f.